

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln
SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner
Rat

An die
Vorsitzende des
Jugendhilfeausschusses
Frau Carola Blum

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 17.03.2009

AN/0562/2009

Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Jugendhilfeausschuss	17.03.2009

Erweiterung der Schulsozialarbeit ab dem Schuljahr 2009/2010

Sehr geehrte Frau Blum,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die antragstellenden Fraktionen bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe am 17. März 2009 zu setzen.

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, die auf politischen Beschluss im Doppelhaushalt 2008/2009 eingestellten Mittel in Höhe von 750.000 € zur Finanzierung zusätzlicher Stellen für die Schulsozialarbeit an Grundschulen zu verwenden.

Die Stellen sollen durch anerkannte, geeignete Träger der freien Jugendhilfe besetzt werden.

Der Jugendhilfeausschuss fordert die Verwaltung weiterhin auf, bei der Trägersauswahl auf folgende Kriterien zu achten:

- Erfahrung in Kooperation mit Schulen
- Träger, die eine Fachberatung für die Jugendsozialarbeit bereits praktizieren
- Träger mit OGTS-Erfahrung

- Träger mit Fachkräften, die eine hohe persönliche und fachliche Kompetenz besitzen, da die in Frage kommenden Grundschulen einen hohen Schüleranteil mit belasteten und verhaltensauffälligen Kindern aufweisen
- die Arbeit muss im Einklang mit dem gemeinsam von Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung erstellten Jugendkonzeptes stehen

Die Trägerauswahl soll unter Beteiligung der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege durch die Jugendverwaltung erfolgen.

Zur fachlichen Steuerung der zukünftigen Schulsozialarbeit im Primarbereich ist zu prüfen, ob eine städtische Koordinatorenstelle notwendig ist. Der Aufgabenbereich dieser Funktion ist darzustellen. Die Finanzierung kann aus den zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln erfolgen.

Die Verwaltung wird zudem beauftragt, alle Schulsozialarbeiter über das Schulgirokonto mit einem angemessenen Sachmittelbudget auszustatten. Die Auswahl und Einstellung der Fachkräfte erfolgt unter Beteiligung der Schulen.

Ferner bitten wir die Verwaltung, das bisherige Konzept der Schulsozialarbeit unter Einbeziehung der integrierten Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung zu überarbeiten und dem Jugendhilfeausschuss noch in 2009 vorzulegen.

Die Verwaltung wird aufgefordert, die bereits im Januar vorgelegte Beschlussvorlage zur Schulsozialarbeit entsprechend zu ergänzen und dem Rat am 05.05.09 zur endgültigen Beschlussfassung vorzulegen. Das Ziel ist zu Schuljahresbeginn 2009 mindestens 44 zusätzliche Stellen (kommunal, landesfinanziert wie auch in freier Trägerschaft) für den Bereich der Schulsozialarbeit in Köln vorzuhalt.

Mit der Finanzierung weiteren Personals tritt die Stadt Köln wiederholt in Vorleistung. Wir fordern daher das Land auf, seine Förderanstrengungen zu verstärken und ebenfalls entsprechende Ressourcen bereitzustellen.

Begründung:

Die Erweiterung der Schulsozialarbeit ab 2009 war bereits zu Beginn des Jahres Thema in Fachausschüssen. Im Rat erfolgte jedoch noch keine endgültige Beschlussfassung über die Verwaltungsvorlage, die eine ausschließlich kommunale Trägerschaft der Schulsozialarbeit an Grundschulen vorsah.

Politisch unstrittig war die von der Verwaltung vorgeschlagenen Abdeckung aller Kölner Hauptschulen sowie der Förderschulen Lernen und soziale Entwicklung mit Schulsozialarbeit.

Um die bisherigen Förderanstrengungen der Stadt im frühkindlichen und vorschulischen Alter zu unterstützen und die Präventionskette zu vervollständigen, sind die zusätzlichen Stellen für eine Schulsozialarbeit an geeigneten Grundschulen vorzusehen.

Wie bekannt hatte die Fachverwaltung bereits nach einem Kriterienkatalog in Frage kommende Grundschulen mit hohem Anteil an benachteiligten Schülerinnen und Schülern ausgewählt und Aufgabenschwerpunkte der Schulsozialarbeit in diesem Bereich festgelegt. Ziel ist es, schulische und psychosoziale Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen und gemeinsam mit dem Partner Schule entsprechende Hilfeleistungen zu geben.

Die sozialpädagogischen Fachkräfte sollen von Trägern der freien Jugendhilfe an den benannten Grundschulen eingesetzt werden.

Begründung der Dringlichkeit:

Um die Umsetzung aller vorgesehenen Maßnahmen zum Schuljahresbeginn 2009/2010 nicht zu gefährden, ist eine eindeutige politische Willensbekundung vor allem zur Trägerschaft der Schulsozialarbeiterstellen notwendig, die durch den gemeinsamen politischen Haushaltsbeschluss finanziert werden sollen. Mit dem Auftrag des Jugendhilfeausschusses kann die Verwaltungsvorlage die Maisitzung des Rates erreichen, damit die notwendigen Stellenausschreibungen und Einstellungsverfahren noch bis August realisiert werden können.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Winrich Granitzka
CDU-Fraktionsvorsitzender

gez. Michael Zimmermann
SPD-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Jörg Frank
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer